



Bozen, 30.11.2021

Bolzano, 30/11/2021

MINDERHEITENBERICHT ZU DEN LANDESGESETZENTWÜRFEN

Nr. 100/21, Nr. 101/21 und Nr. 102/21

Für das Verfassen eines Berichts zum Stabilitätsgesetz und zum Haushaltsvoranschlag 2022-2024 samt Anhang ist ein Vergleich mit dem Haushaltsvoranschlag des Vorjahres unverzichtbar. Es scheint, als wären wir nun endlich dabei, ein paar äußerst turbulente Jahre, die Verwaltungen und Bürger vor große Herausforderungen gestellt haben, hinter uns zu lassen.

Die Coronapandemie hat sich verheerend auf das sozio-ökonomische Gefüge unseres Landes ausgewirkt: Südtiroler Familien sind in ernsthafte existenzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, Klein- und Mittelbetriebe, und nicht nur im Tourismusbereich, haben enorme Ertragseinbußen erlitten, und für die nähere Zukunft bleiben die Aussichten eher trüb.

Das Virus hat uns deutlich gemacht, wie zerbrechlich unser Sozial- und Wirtschaftssystem ist; es hat die Schwächen unseres bereits arg in Mitleidenschaft gezogenen Gesundheitssystems noch verstärkt, und es belastet weiterhin unseren Haushalt.

Neben der allgemeinen Wirtschaftslage ist es offensichtlich und besorgniserregend, dass sich der psychische Zustand vieler Bürger während und nach der Coronapandemie erheblich verschlechtert hat. So viele Menschen wie nie zuvor würden Unterstützung brauchen, die sie allerdings nicht finden oder sich nicht leisten können. Daher sollte sich jede Verwaltung mit pragmatischen und treffsicheren Initiativen prioritär um diese Menschen kümmern.

In einer Schweigeminute wurde letztes Jahr den mehr als 600 Toten gedacht, dieses Jahr waren es leider genauso viele, und nun hat uns wieder eine

RELAZIONE DI MINORANZA SUI DISEGNI DI LEGGE PROVINCIALE

N. 100/21, N. 101/21 e N. 102/21

La relazione sulla legge di stabilità ed il bilancio di previsione 2022-2024, con rispettiva collegata, non può prescindere da un confronto con quella dello scorso anno. Sembra che ora stiamo finalmente per uscire da un paio di anni molto complessi, che hanno posto a tutte le amministrazioni e ai cittadini grandi sfide.

La pandemia da COVID19 ha influito stravolgendo anche il tessuto socioeconomico nella nostra provincia, le famiglie altoatesine hanno subito gravi difficoltà esistenziali ed economiche, le piccole e medie imprese, non solo del settore turistico, hanno avuto ingenti perdite di guadagno e scorgono ancora nubi per il prossimo futuro.

Il virus ha reso evidente quanto i nostri sistemi sociali ed economici siano fragili, ha amplificato i punti deboli del nostro sistema sanitario già gravato, e continua ad appesantire il nostro bilancio.

Oltre alle condizioni economiche generali, è evidente e preoccupante come le condizioni psicologiche di moltissimi cittadini nel periodo Covid e post-Covid sono considerevolmente peggiorate. Mai come adesso tante persone avrebbero bisogno di un supporto che non trovano o che non si possono permettere. Prendersi cura di queste persone con iniziative pragmatiche e risolutive, dovrebbe essere prioritario per qualsiasi amministrazione.

L'anno scorso erano stati ricordati con un minuto di silenzio oltre 600 morti, nel frattempo quest'anno ce ne sono stati purtroppo altrettanti e adesso

neue Welle erreicht, die zum Glück weniger lebensgefährlich zu sein scheint. Die Pandemie entwickelt sich fortlaufend weiter und sobald die Situation unter Kontrolle zu sein scheint, steht bereits die nächste Welle vor der Tür.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen den Institutionen misstrauen. Einige Solidaritätsprinzipien scheinen nicht mehr zu gelten, stattdessen nehmen die sozialen Ungleichheiten trotz der Bemühungen und der großspurigen Ankündigungen unserer Regierungen zusehends zu.

Beim Versuch, Bilanz zu ziehen, fällt uns auf, wie schwer greifbar und komplex die Realität ist. Aus einem Vergleich mit dem Vorjahr geht auf den ersten Blick klar hervor, dass einige strategische Fehler gemacht wurden, die höchstwahrscheinlich unvermeidlich waren; so ist man etwa dem Irrglauben verfallen, dass man die Folgen einer globalen Pandemie durch eine autonome Vorgehensweise besser hätte bewältigen können oder, dass man die Pandemie durch Massentests schachmatt hätte setzen können. Trotz dieser Maßnahmen haben wir im Vergleich zum staatlichen Durchschnitt einen stärkeren Einbruch des Bruttoinlandsprodukts einstecken müssen, wobei man diesem Ergebnis keine übermäßige Bedeutung beimessen sollte, zumal einige führende Wirtschaftssektoren Südtirols von der Pandemie besonders hart getroffen wurden.

Der Landeshauptmann hatte bei der Vorstellung des Haushaltvoranschlags 2021 einen Rekordhaushalt in Höhe von 6,4 Milliarden Euro erläutert. Er hatte damals zu Recht von sozialem Zusammenhalt und Solidarität als wesentlichen Voraussetzungen für die bestmögliche Bewältigung zukünftiger Herausforderungen, wie dem Klimaschutz, der Digitalisierung und dem demografischen Wandel, gesprochen. Heute ist der Einsatz für diese Ziele noch dringlicher und notwendiger denn je.

Im neuen Haushaltsvoranschlag 2022 sind auch für diese Zwecke 6,31 Milliarden Euro vorgesehen, was einer Fortschreibung der Zahlen des Vorjahres entspricht.

Wir sind uns alle bewusst, dass der Kostenanstieg und die Art der Kosten bestimmter Dienstleistungen, z. B. jener im Gesundheits- und Bildungswesen, nicht nur keine Verringerung des Personalbestands pro Leistungseinheit zulassen, sondern

siamo ripiombati in una nuova ondata, che almeno sembra non avere lo stesso effetto letale. La pandemia evolve in continuazione ed appena la situazione sembra sotto controllo improvvisamente un'altra ondata è dietro l'angolo.

È una società la nostra, nella quale una parte sempre più consistente è sfiduciata dalle istituzioni. Sembra che siano venuti a meno alcuni vincoli di solidarietà, mentre aumentano a vista d'occhio le diseguaglianze sociali, nonostante gli sforzi ed i grandi proclami dei nostri governi.

Nel trarre un bilancio, emerge quanto la realtà sia fluida e complessa. Ad un immediato raffronto con quanto illustrato l'anno scorso, risulta più chiaro come alcuni errori strategici ci sono stati, ed erano probabilmente inevitabili, come ad esempio quando ci si è illusi che una via autonoma potesse risolvere in modo migliore le conseguenze di una pandemia che era mondiale o quando ci si illudeva che poteva essere mosso uno scacco matto alla pandemia tramite la fotografia dei test di massa. Malgrado queste iniziative abbiamo perso più PIL rispetto alla media nazionale, anche se le cause di questa differenza vanno mitigate, per la maggiore esposizione di alcuni settori trainanti colpiti dalla pandemia nella nostra provincia.

Il Presidente durante la presentazione della previsione di bilancio 2021 aveva illustrato un bilancio record per la PAB con 6,4 miliardi di euro. Giustamente si era parlato di coesione sociale e solidarietà come prerequisiti essenziali per affrontare al meglio le sfide future ancora attuali, come la tutela del clima, la digitalizzazione e il cambiamento demografico. Oggi queste battaglie sono ancora più che mai urgenti e necessarie.

Nel nuovo bilancio di previsione 2022 sono previsti 6,31 miliardi di EUR, anche per questi scopi, in completa continuità con l'anno passato.

Siamo tutti consapevoli che l'andamento crescente e la natura dei costi di taluni servizi, tipo la sanità e l'istruzione, non solo oppongono resistenza alla riduzione della forza lavoro per unità di prestazione, ma implicano processi intrinsecamente non stan-

auch nicht standardisierbare Arbeitsabläufe mit sich bringen, bei einer zugleich wachsenden Zahl an anspruchsvollen Nutzern. Die Kosten für diese personalintensiven Bereiche können nicht durch die steigende Produktivität der führenden Wirtschaftssektoren ausgeglichen werden.

In jüngster Zeit haben einerseits die Hightech-Branche und die produktivitätsstarken Sektoren, die nebenbei gesagt, auch steuerlich begünstigt sind, einen starken Aufschwung erfahren; andererseits sind neue Immobilien-, Finanz- und Digitalimperien entstanden, und bestehende Großunternehmen konnten sich weiterhin festigen, was zu einer noch nie dagewesenen Vermögenskonzentration geführt hat. Diese Unternehmen entziehen sich dabei de facto zum Teil einer Besteuerung in den Ländern, in denen sie enorme Gewinne erwirtschaften.

Dies ist nun der richtige Zeitpunkt, um über die Besteuerung einen angemessenen Ressourcentransfer von diesen Zentren des Reichtums hin zu den Dienstleistungen zu bewirken, die der Mehrheit der Bevölkerung zugutekommen. Nur so werden wir in der Lage sein, mehr Gesundheitsfürsorge, mehr Kinderbetreuung und mehr Pflege für ältere und hochbetagte Menschen, mehr Aufmerksamkeit für das städtische und ländliche Gefüge sowie mehr Kultur und Kunst zu gewährleisten.

Es wird nicht allein vom Land Südtirol abhängen, aber unsere Autonomie erlaubt es uns, ein Modell auszuarbeiten, das darauf ausgerichtet ist, die Finanzmittel dieses Landes mit der Wirtschaft des Territoriums zu verknüpfen; das würde es uns ermöglichen, die beste Lösung zu finden, um ausreichende Ressourcen zur Beibehaltung eines guten Lebensstandards ausfindig zu machen und gleichzeitig die zahlreichen Ungleichheiten beim Einkommen sowie zwischen den Geschlechtern, Generationen und Gebieten zu verringern.

Wir haben die Mühe und die Hartnäckigkeit des Landeshauptmanns und seines Mitarbeiterstabs in den Verhandlungen mit dem Staat um die dem Land zustehenden Abgaben auf das Glücksspiel geschätzt – eine einmalige Zahlung von 100 Millionen Euro für vergangene Abgaben und 14 Millionen Euro jährlich ab jetzt –, und wir werden auch in Zukunft sein Engagement in anderen Streitfällen zu schätzen wissen. Jedoch können wir trotz dieser außerordentlichen Einnahmen absolut nicht verstehen, wie man in Zeiten großer Unsicherheit, wie den jetzigen, in denen eine expansive Wirtschafts-

sektor dardizzabili ed hanno una platea di utenti sempre più numerosa ed esigente. Questi settori ad alto impiego di capitale umano non riescono ad essere compensati dall'aumento di produttività dei settori dinamici dell'economia.

Negli ultimi tempi sono aumentati, da un lato, i settori ad alta tecnologia e ad alta produttività, tra l'altro premiati fiscalmente, e, dall'altro, sono nati o si sono rafforzati nuovi imperi immobiliari, finanziari e digitali, che hanno determinato una concentrazione di ricchezza mai vista prima e che, di fatto, sfuggono parzialmente alle imposte nei territori in cui producono utili giganteschi.

È il momento giusto per determinare, tramite la leva fiscale, un adeguato trasferimento di risorse derivandoli da questi centri di ricchezza, destinandolo ad attività nelle quali la maggioranza della popolazione può trarne beneficio. Solo in questo modo potremo mantenere più cure sanitarie, più assistenza all'infanzia e alla terza e quarta età, più manutenzione del tessuto urbano e rurale, più cultura e arte.

Non dipenderà soltanto dalla Provincia, ma tuttavia la nostra autonomia ci permette di definire un modello orientato a correlare la finanza provinciale all'economia del territorio, permettendoci di trovare la migliore combinazione per conciliare il perseguimento di risorse sufficienti per mantenere una buona qualità della vita, cercando di ridurre le numerose disuguaglianze di reddito, di genere, generazionali, territoriali.

Abbiamo apprezzato lo sforzo e la tenacia con la quale il Presidente ed il suo staff ha sostenuto il confronto con lo stato per le spettanze sui tributi dei giochi d'azzardo, 100 milioni di euro una tantum per il passato e 14 milioni di euro annuali ed in futuro lo apprezzeremo per l'impegno negli altri contenziosi, ma detto questo, non riusciamo veramente a comprendere, anche alla luce di queste entrate straordinarie, come si possa concepire in questi tempi di assoluta incertezza, dove sarebbero necessarie politiche espansive, un aumento dell'Imposta regionale sulle attività produttive (IRAP) al 3.9%, cre-

politik notwendig wäre, eine Erhöhung der regionalen Wertschöpfungssteuer (IRAP) auf 3,9 % einführen kann. Denn dies wird notgedrungen zu einer erhöhten Steuerlast für alle Südtiroler Unternehmen, die bereits seit einiger Zeit unter der Pandemie leiden, führen.

Man bedenke: Gegen Ende des Jahres müssen viele Gewerbeunternehmen Steuervorauszahlungen tätigen und Steuerfristen einhalten, die sie völlig ausbluten lassen. Viele Kleinunternehmer müssen nun schon zum x-ten Mal ihre Zahlungen aus privaten Mitteln bestreiten.

Ein enorm starker Anstieg der Rohstoffpreise, Engpässe in der Versorgungskette, die häufig auf Spekulationen zurückzuführen sind, latente Konflikte auf internationaler Ebene: Das wirtschaftliche und finanzielle Szenario ist nach wie vor sehr ungewiss und in hohem Maße mit der Pandemie verknüpft, es ist gekennzeichnet durch eine weit verbreitete Unberechenbarkeit sowie durch zwangsläufig stark schwankende Wachstumsprognosen, auch aufgrund einer überbordenden Informationsflut. Zudem ist die Sorge vor einem Inflationsanstieg groß.

Trotz der unbestreitbaren Schwierigkeiten kann eine gut organisierte Verwaltung wie jene Südtirols eine fortdauernde systemische Krise womöglich doch meistern; das trifft allerdings nicht für die Tausenden Kleinunternehmen zu, welche ja die Produktionsstruktur Südtirols ausmachen und letzten Endes dessen Bestehen und Lebensstandard ermöglichen.

Sogar der hoch verschuldete italienische Staat hat, trotz des hohen Defizits, die Schwierigkeit der derzeitigen Lage erkannt und nun die Steuern gesenkt.

Mit der geplanten Erhöhung der regionalen Wertschöpfungssteuer IRAP wird auch die 2020 eingeführte Maßnahme für Unternehmen, welche die von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unterzeichneten, nationalen und territorialen Vereinbarungen anwenden, zunichte gemacht. Es wäre angebrachter gewesen, diese Maßnahme erst nach der Einführung des Mindesteinkommens, das in Europa bereits vorgesehen ist, abzuschaffen.

Es stimmt, dass den Unternehmen während der Pandemie großzügig unter die Arme gegriffen wurde, aber die überwiegende Mehrheit von ihnen hat

ando così un aumento della pressione fiscale che peserà su tutte le imprese del territorio, già da tempo provate dalla pandemia.

In questo finale di anno, tantissime attività produttive sono dissanguate dagli anticipi e dalle scadenze fiscali. Molti sono i piccoli imprenditori che proprio in questi giorni stanno facendo fronte al loro pagamento attingendo per l'ennesima volta dalle risorse personali.

Fortissimo rialzo dei prezzi delle materie prime, strozzature nella catena dell'offerta, spesso anche a carattere speculativo, conflitti latenti a livello internazionale. Lo scenario economico e finanziario è ancora molto incerto e collegato all'andamento della pandemia con imprevedibilità diffusa, con stime di crescita che variano sensibilmente ed inevitabilmente seguendo lo stillicidio di informazioni. Vi è inoltre una forte preoccupazione per una ripresa dell'inflazione.

Nonostante le innegabili difficoltà, la resistenza ad una perdurante crisi sistemica, per un'istituzione solida e ben organizzata come la provincia è prevedibile, non altrettanto si può dire per le migliaia di piccole aziende che rappresentano la struttura produttiva provinciale e che in ultima istanza ne permettono l'esistenza ed il sostentamento.

Persino lo stato, malgrado sia fortemente indebitato, riesce ad interpretare il momento e adesso alliggerisce le tasse.

L'aumento previsto dell'IRAP vanificherà anche la misura premiale introdotta dal 2020 per le imprese che applicano gli accordi nazionali e territoriali sottoscritti dalle organizzazioni di datori di lavoro e lavoratori, una misura che sarebbe stato più opportuno rimuovere solo ad avvenuta introduzione del salario minimo, peraltro già previsto adesso in Europa.

Le imprese hanno ricevuto molto durante la pandemia, è vero, ma certamente per la stragrande maggioranza hanno perso più di quanto ricevuto.

mehr verloren, als sie erhalten hat.

Eigentlich sollten auf der Ausgabenseite Maßnahmen ergriffen werden, um den angekündigten Anstieg der Wertschöpfungssteuer zu verhindern; in diesem Bereich gibt es große Spielräume, es könnten z. B. zunächst die Finanzrenditen berücksichtigt und dementsprechend besteuert werden, aber auch auf der Einnahmenseite gäbe es Möglichkeiten, um dieser Entwicklung gegenzusteuern.

Zum Beispiel bei der Kfz-Steuer, der Umschreibungssteuer und der Steuer auf Kfz-Haftpflichtversicherungen. In der Tat ist es schwer zu verstehen, und mit einem Land, das sich die nachhaltige Mobilität auf die Fahne geschrieben hat, schwer vereinbar, dass hierzulande im Vergleich zum italienischen Durchschnitt für den Individualverkehr eine niedrigere Besteuerung angewandt wird, obwohl allseits bekannt ist, dass eine Lösung dieses Problems von der Reduzierung des Individualverkehrs abhängt. Würde man eine derartige Maßnahme einführen, so würde sie – im staatsweiten Vergleich – etwa 52 Millionen Euro an Einnahmen generieren. Eine weitere Maßnahme auf der Einnahmenseite wurde bereits von der Mehrheit in Aussicht gestellt und dann wieder zurückgezogen, nämlich die GIS.

Um diese Kritik an der IRAP-Erhöpfung abzuschließen, die der Hauptgrund für meine Gegenstimme zu diesem Haushaltsgesetz ist, sei hervorgehoben, dass man zu diesem besonderen Zeitpunkt Steuererhöhungen vermeiden könnte, indem man bei der öffentlichen Verwaltung entsprechende Einsparungen vornimmt, was sicher wünschenswert wäre, und gleichzeitig auch auf der Einnahmenseite neue Prioritäten setzt.

Im Wesentlichen ist der Haushaltsvoranschlag 2022 eine Fortsetzung der Maßnahmen vergangener Finanzjahre, sodass – entgegen den Erwartungen vieler – nicht einmal ein außergewöhnliches Ereignis mit einer solch großen Tragweite, wie es die Pandemie ist, zu einer radikalen Erneuerung oder einem Paradigmenwechsel auf der Ausgabenseite geführt hat.

Mit dem neuen Haushalt hätte man die Gelegenheit gehabt, bestimmte Grundsätze der Landesverwaltung zu überdenken, um somit eine Rationalisierung der öffentlichen Ausgaben zu erreichen und eine echte Spending Review in die Wege zu leiten.

Francamente per impedire l'aumento dell'IRAP si dovrebbe agire sul lato della spesa, dove ci sono degli ampi margini a disposizione, cominciando ad aggredire le rendite di posizione, ma persino sul lato delle entrate, a nostro avviso, ci sarebbe ancora spazio di recupero.

Ad esempio, sulle tasse di circolazione, trascrizione ed RCA. In effetti non si capisce e mal si concilia con una provincia che fa della mobilità sostenibile la sua bandiera, la fiscalità ridotta, rispetto al livello nazionale, per la mobilità individuale, quando è risaputo che il modello virtuoso dipende anche dalla riduzione di quella privata. Questa misura se anch'essa rapportata allo standard statale porterebbe in cassa ca 52 mio di EUR. Un'altra misura nel lato entrate per la raccolta era già stata trattenuta e poi ritirata dalla stessa maggioranza, ovvero l'IMI.

Per poi chiudere questa critica all'aumento IRAP, che però rimane derimente per il mio voto contrario a questa legge di bilancio, evitare in questo momento storico l'aumento delle tasse si potrebbe anche fare con un relativo margine di recupero presso l'amministrazione pubblica, che sarebbe auspicabile, ma secondariamente anche con una rimodulazione sul lato delle entrate.

Il bilancio 2022 si profila, nella sostanza, come una prosecuzione degli esercizi finanziari passati, nel segno della continuità, nemmeno quindi un evento straordinario di questa portata ha dato l'innescò ad un rinnovamento radicale o ad un cambio di paradigma da tanti atteso sul lato della spesa.

Con il nuovo bilancio si poteva sfruttare l'occasione per aggiornare alcuni principi dell'amministrazione pubblica provinciale, per ottenere una razionalizzazione delle spese pubbliche e applicare una vera spending review.

Leider zeigt sich auch diesmal, dass die Mehrheitspartei nicht den Mut hat, derartige Maßnahmen umzusetzen; sie beweist damit, dass sie einen überdimensionierten bürokratischen Verwaltungsapparat aufrechterhalten will, der ihr zwar Wählerstimmen sichert, aber in Wirklichkeit eine erhebliche und auf Dauer untragbare Belastung für die gesamte Verwaltung darstellt.

Ein kurzer Blick auf die staatliche Situation: Die auf nationaler Ebene angekündigte Kürzung der Einkommenssteuer IRPEF um 7 Mrd. Euro wird dazu führen, dass die 88 Millionen Euro, mit denen man als steuerliche Mehreinnahmen gerechnet hatte, nun geringer oder sogar ganz ausfallen werden. Auch wenn sich eine Maßnahme dieser Tragweite negativ auf die Landeseinnahmen auswirken könnte, ist das Signal für alle Bürger, also auch für die Südtiroler, ein positives; das wird uns helfen, mit neuer Zuversicht in die Zukunft zu blicken, wobei dadurch natürlich auch die Steuerlast gesenkt und dem europäischen Durchschnitt angepasst wird.

Übrigens stimmt es, dass die IRPEF-Zuschläge in Südtirol italienweit die niedrigsten sind, aber wir haben auch einen steuerlichen Progressionseffekt, den „Fiscal Drag“, der durch die höheren Einkommen und die höheren Lebenshaltungskosten aufgrund der progressiven Steuersätze zu einem, in absoluten Zahlen, höheren Steueraufkommen führt. Besondere Aufmerksamkeit muss auch den nationalen Reformen gewidmet werden, allen voran der Steuerreform, welche die Einkommenssteuer IRPEF, die Mehrwertsteuer, die Katasterabgaben und die Wertschöpfungssteuer IRAP betreffen wird.

Betrachtet man die makroökonomischen Maßnahmen auf der Ausgabenseite, so verbraucht das Gesundheitswesen den größten Anteil an Ressourcen, gefolgt von Bildung, Mobilität und Sozialbereich.

Die Gesundheitsausgaben pro Kopf sind in Südtirol deutlich höher als in allen anderen italienischen Regionen. Der bürokratisch-administrative Apparat ist im Hinblick auf die Leistungsindikatoren seit jeher ineffizient.

Es gibt noch ein weiteres großes Problem: Auf nationaler Ebene herrscht bereits ein großer Mangel an medizinischem Personal sowie an Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern im Sozialbereich, aber in Südtirol

Purtroppo, auch diese volta si nota come il partito di maggioranza non abbia il coraggio di applicare queste misure, dando prova di voler mantenere una struttura amministrativa burocratica smisurata, assicurandosi così i serbatoi di voti, ma essendo di fatto, un peso significativo per tutta l'amministrazione che non potrà reggere nel lungo periodo.

Un breve cenno al nazionale: i probabili 7 miliardi di riduzione IRPEF previsti a livello statale provocheranno la riduzione o addirittura l'azzeramento degli 88 mio. calcolati a maggior gettito. Se da un lato un provvedimento di tale portata potrebbe procurare qualche difficoltà al lato delle entrate provinciali, il segnale per tutti i cittadini, e quindi anche quelli della nostra provincia, resta però positivo e servirà per guardare al domani con rinnovata fiducia, oltre che a ridurre la pressione fiscale e portarla più vicina alla media europea.

Tra l'altro, è vero che le addizionali IRPEF che abbiamo in provincia sono le più basse d'Italia, ma abbiamo anche un fenomeno, una specie di fiscal drag, che per mezzo dei redditi più elevati ed il più elevato costo della vita, in virtù delle aliquote progressive portano ad un gettito assoluto maggiore. Vi è poi da prestare particolare attenzione alle riforme nazionali, in primo luogo quella fiscale, che coinvolgerà IRPEF, IVA, Catasto e IRAP.

Andando ad esaminare a grandi linee le politiche macroeconomiche riferite al lato della spesa: al primo posto si pone la sanità, con la fetta più grande delle risorse dedicate, seguono l'istruzione, le spese per la mobilità e gli affari sociali.

La spesa sanitaria pro-capite in Alto Adige è notevolmente maggiore rispetto a tutte le altre regioni. Storicamente la sovrastruttura burocratica-amministrativa non è efficiente rispetto agli indicatori di performance.

Vi è poi un altro grande problema: già a livello nazionale vi è una grande carenza di personale medico sanitario ed anche di collaboratori/collaboratrici del settore sociale, ma da noi applicando

ist es aufgrund der strengen Bestimmungen zur Zweisprachigkeit noch schwieriger und komplizierter, alle Stellen des Südtiroler Gesundheitswesens zu besetzen.

Ein gutes Zeichen in dieser Hinsicht ist Artikel 8 des Anhangs zum vorliegenden Gesetz: Darin wird das Recht auf Gesundheitsschutz als prioritärer Verfassungsgrundsatz festgeschrieben, das noch vor der Pflicht zur Zweisprachigkeit zur Anwendung kommt.

Ein kurzer Ausblick auf den Sozialbereich: Wir von der Fünf-Sterne-Bewegung haben uns immer für eine Stärkung dieses Sektors eingesetzt, der unabdingbar ist, um die tiefgreifenden Unterschiede, deren Auswirkungen auf das Leben der Schwächsten in unserer Gesellschaft und deren Leid abzumildern. Niemand soll zurückgelassen werden. Nichtsdestotrotz geht aus einem Vergleich hervor, dass die Ausgaben hier bei uns bereits extrem hoch sind. Selbst bei entsprechender Pro-Kopf-Umrechnung stellt die Summe von 500.000 Euro die für das staatliche Grundeinkommen vorgesehenen 9 Milliarden Euro in den Schatten. In der Tat spielt das Grundeinkommen in Südtirol kaum eine Rolle, da die Unterstützungszahlungen des Landes viel großzügiger ausfallen. Die Ausgaben für den Sozialbereich sind auch im Vergleich zur Autonomen Provinz Trient exorbitant hoch, diese sieht hierfür nur etwa die Hälfte der Gelder vor. Aus diesem Grund wäre es sicherlich wünschenswert, Einsparungsspielräume, etwa durch eine Rationalisierung der angebotenen Leistungen und durch weitere Kontrollen, zu nutzen.

Mit Bezug auf den Bildungsbereich vertreten wir den Standpunkt, dass der bereitgestellte Betrag und die entsprechende Erhöhung angemessen sind, Einsparungen scheinen uns nicht denkbar. Ich kann mir einen Kommentar zur ethnischen Frage jedoch nicht verkneifen, auch wenn es unangenehm ist, dieses Thema anzusprechen, mit dem wir uns nicht identifizieren, und wissend, dass dies in der Aula zu einer hitzigen Debatte führen wird.

Zu Recht wird in Fresteden bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont, dass die Autonomie dem Wohle aller drei Sprachgruppen unserer Gesellschaft dient. Unverständlich ist daher, weshalb die italienische Sprachgruppe von der Grundausbildung, für die ihr vom Statut ein eigener Handlungsraum zuerkannt wird, komplett ausgeschlossen wird. Die ungleiche Verteilung der Geldmittel

anche le regole stringenti del bilinguismo, la possibilità di colmare ogni posizione lavorativa nell'ambito della sanità altoatesina risulta ancora più difficile e complicata.

A tal proposito un buon segno è rappresentato dall'art. 8 del collegato che definisce prioritaria il diritto alla tutela della salute come principio costituzionale, di fatto prevalente rispetto agli obblighi di bilinguismo.

Un accenno al sociale: Noi del M5S ci siamo sempre battuti per rafforzare questo settore, indispensabile per temperare le profonde disuguaglianze, la sofferenza e la vita degli ultimi della nostra società. Nessuno deve rimanere indietro. Malgrado ciò, da una comparazione risulta che qui da noi le spese sono già altissime. 500 mila EUR fanno impallidire anche con la dovuta scala pro-capite, i 9 miliardi del Reddito di Cittadinanza nazionale. In effetti qui in provincia quest'ultimo è insignificante, essendo molto più generoso il supporto corrente provinciale. La spesa per il sociale è esorbitante anche se paragonato alla provincia di Trento, che è addirittura la metà circa, per cui margini di recupero attraverso una razionalizzazione dei servizi erogati ed ulteriori controlli sarebbero sicuramente auspicabili.

Per l'istruzione riteniamo che l'ammontare e l'incremento sia adeguato e non è pensabile togliere risorse, ma non posso sottrarmi ad un'annotazione di carattere etnico, nonostante sia odioso sollevare tali questioni che non ci appartengono e nonostante il fatto che poi verrà data battaglia in sede di discussione.

Giustamente ad ogni ricorrenza viene sottolineato in pregevoli discorsi che l'Autonomia è a beneficio di tutte e 3 le nostre comunità, ma qui non si capisce perché viene totalmente esclusa la comunità italiana, laddove vi è uno spazio proprio e statutariamente garantito: quello della formazione iniziale. È evidente e grida allo scandalo la sperequazione delle risorse tra le due principali intendenze, a

zwischen den beiden größten Schulämtern ist hier glasklar und skandalös. Für die Berufsbildung erhält das deutsche Schulamt, gemäß der Auslegung der Durchführungsbestimmung, 500.000 Euro, während das italienische Schulamt für die gleiche Berufsbildung mit Null Euro leer ausgeht.

Um das Thema Schule abzuschließen, wünschen wir uns, dass man sich in Zukunft für eine Zusammenlegung der Schulämter einsetzt, einerseits um Kosten einzusparen, die dann für Lehrkräfte und Lehrpläne eingesetzt werden können, und andererseits, um ein Format zu ermöglichen, das der heutigen Gesellschaft gerecht wird, effizienter ist und der nicht weiter aufschiebbaren Forderung nach Dreisprachigkeit Rechnung trägt.

Schaut man über den Tellerrand, so wird klar, dass auch der nationale Aufbau- und Resilienzplan beträchtliche Geldmittel für Südtirol bereithält. Diese werden in die Förderung nachhaltiger Projekte fließen, etwa in die Brennerachse bis Verona, die Elektrifizierung der Vinschger Bahn zwischen Meran und Mals und das große Aushängeschild Südtirols, die Digitalisierung, finanzieren, die inzwischen in allen Bereichen von grundlegender Bedeutung ist.

Scheinbar ist kritisiert worden, dass die Bearbeitung der Anträge betont zentralistisch erfolgt, dies ist natürlich bedauerlich, doch die Rolle des Landes Südtirol bleibt in jedem Fall entscheidend.

Die Presse berichtet, dass bereits 18 Millionen in den sozialen Wohnbau geflossen sind, und für das Jahr 2022 weitere Bereitstellungen vorgesehen sind: 37 Millionen sind für das Gesundheitswesen vorgesehen, 33 Millionen für den ökologischen Wandel, 8,6 Millionen werden in emissionsfreie Busse und weitere 9,2 Millionen in Infrastrukturen im Bereich nachhaltige Mobilität investiert. Mehr als 100 Millionen Euro an Investitionsbeiträgen scheinen für diese Maßnahmen also bereits sicher zu sein.

Zudem stehen bestimmte Geldmittel für ländliche Gebiete zur Verfügung; diese Mittel werden zwar nicht direkt ans Land gehen, doch wird Südtirol trotzdem von diesen profitieren. Im nationalen Aufbau- und Resilienzplan sind 2,2 Milliarden Euro für die hundertprozentige Finanzierung von Photovoltaik-Anlagen, die Schaffung einer gemeinsamen Energieversorgung und die Energiegemeinschaften vorgesehen. Dies kommt den öffentlichen Ver-

cominciare dai 500.000 EUR dedicati alla scuola tedesca formazione attraverso l'applicazione della norma di attuazione, ed i zero EUR devoluti alla scuola italiana per lo stesso modello di formazione.

Per concludere il capitolo scuola, per inciso, noi ci auguriamo che in futuro si lavori ad una riunificazione delle intendenze, in un'ottica sia di razionalizzazione dei costi, che vadano a trasferirsi ai docenti ed ai programmi scolastici, ma anche di un modello che corrisponda in modo più alla società attuale e soprattutto sia più efficace e rispondente all'esigenza indifferibile di trilinguismo.

Per allargare lo sguardo, un'altra grande risorsa per la Provincia saranno i fondi che provengono dal PNRR (Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza), che saranno spesi per incentivare progetti sostenibili, ad esempio il corridoio Brennero – Verona, l'elettrificazione della ferrovia Merano-Malles e a finanziare un grande progetto bandiera della PAB, ovvero la digitalizzazione, ormai diventata fondamentale in tutti i settori.

A quanto pare è stato criticato il fatto che la gestione delle richieste dei fondi avviene con un mercato centralismo, di questo ce ne duole, ma il ruolo della provincia risulta comunque decisivo.

La stampa riporta che 18 milioni sono già arrivati per l'edilizia sociale, ed altri sono già programmati per il 2022: 37 mio sono arrivati al settore sanità, 33 per la transizione ecologica, 8.6 per bus a emissioni zero ed altri 9,2 per infrastrutture dedicate alla mobilità sostenibile. Quindi oltre 100 mio di investimenti sembrano già garantiti per queste misure.

Vi sono poi dei fondi che sono a disposizione per i territori e anche se non passano direttamente dalla provincia potranno fruttare per il nostro territorio. Per il PNRR sono stati stanziati 2,2 miliardi per finanziamenti al 100% per impianti fotovoltaici e configurazioni di autoconsumo collettivo e comunità energetiche. I destinatari saranno le Pubbliche Amministrazioni, le famiglie e le microimprese nei Comuni con meno di 5.000 abitanti. Potranno essere

waltungen, den Familien und Kleinunternehmen in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern zugute. Durch die Gründung von „Energiegemeinschaften“ können diese in unser Land gelenkt werden, mit dem Ziel, zur nachhaltigen Entwicklung und Resilienz der ländlichen Gebiete und Berggebiete beizutragen. Diese möchten die wichtigsten Ressourcen, über die sie verfügen, auf ausgewogene Art und Weise einsetzen und somit die Entstehung und Stärkung örtlicher Gemeinschaften unterstützen.

Bei der Nutzung dieser Möglichkeiten darf der Erhalt des Status quo nicht die tatsächliche Wohlstandsumverteilung behindern, vielmehr muss Südtirol zügig und aktiv die rechtlichen und verwaltungstechnischen Voraussetzungen schaffen, die in den Zuständigkeitsbereich des Landes fallen. Darüber hinaus wird unsere Landesverwaltung aktiv an den nationalen Ausschreibungen teilnehmen, die es auf staatlicher Ebene in verschiedenen Bereichen geben wird, und sich dafür einsetzen, dass die eigenen Projekte, die als mit den einzelnen Kapiteln des nationalen Aufbau- und Resilienzplans konform gelten, Beachtung finden. Hierfür sollen durch eine aktive Teilnahme an den technischen runden Tischen der Regierung, die verschiedenen Möglichkeiten, die der nationale Aufbau- und Resilienzplan bietet, kontinuierlich überprüft werden.

Mit politischen Maßnahmen wie dem Ökobonus 110 ist Italien in einem strategischen Bereich, dem Wohnbau, wieder zur Triebkraft Europas geworden. Unsere Verwaltung muss bereit sein, diese Chance zum Wohle der Gesellschaft zu ergreifen. Erst jetzt wurden in den Artikel 4 des Anhangs Gesetzesänderungen eingefügt, die wir zweifelsohne begrüßen, auch wenn diese etwas spät kommen, wurden sie doch bereits vor über einem Jahr gefordert.

Abschließend ist zu sagen, dass der Verlust von Fachkräften in Südtirol Grund zur Sorge ist. Dies gilt nicht nur im Gesundheits- und Sozialwesen, sondern auch im Dienstleistungssektor. Im Transportwesen mangelt es an Personal, es fehlen Fahrer für den Stadt- und Überlandverkehr, Triebfahrzeugführer für die Regionalzüge, Lehrer in den Schulen und Personal im Gewerbe. Die Lebenshaltungskosten sind immens hoch und machen die höhere Entlohnung oft zunichte. Dazu kommt die Aufsplitterung der Haushalte, was einen weiter steigenden Bedarf an Wohnraum zur Folge hat, der eh schon knapp und kostspielig ist.

convogliati nei nostri territori tramite la realizzazione delle “comunità energetiche”, con lo scopo di contribuire allo sviluppo sostenibile e resiliente dei territori rurali e di montagna che intendono sfruttare in modo equilibrato le risorse principali di cui dispongono, favorendo la nascita e la crescita di comunità locali.

Nella messa a terra di queste opportunità non devono essere di ostacolo le vecchie rendite di posizione che impediscono un reale cambiamento di prosperità, ma la Provincia deve essere rapida ed attiva nel facilitare i requisiti legislativi ed amministrativi di sua competenza. Non solo, la nostra amministrazione provinciale sarà parte attiva ai vari bandi nazionali che nei vari ambiti verranno aperti a livello statale e si impegnerà per ottenere considerazione nei propri progetti che riterrà congruenti con le singole missioni contenute nel piano, attraverso un costante monitoring delle varie opportunità del PNRR e la partecipazione attiva ai tavoli tecnici con il Governo.

Con politiche come quelle sul Ecobonus 110 l'Italia è tornata la locomotiva di Europa in un settore strategico come l'edilizia. La nostra amministrazione deve essere pronta ad affrontare questa opportunità per il bene della comunità. Soltanto adesso nell'art. 4 del collegato sono state inserite modifiche legislative, che sono senz'altro apprezzate ma tardive, visto che sono state invocate oltre un anno fa.

Per concludere, in Alto Adige preoccupa la perdita di professioni specializzati, non solo nel settore sanitario e sociale, ma anche nel terziario dei servizi. C'è carenza di personale nei trasporti, mancano autisti per il trasporto locale ed extraurbano, macchinisti per i treni regionali, mancano insegnanti nelle scuole, ed in tante altre attività produttive. Il costo della vita è altissimo e vanifica spesso la retribuzione più alta. Si aggiunge a questo problema la frammentazione dei nuclei familiari, con la moltiplicazione delle esigenze abitative, già scarse ed altrettanto care.

Das Autonomiestatut stellt die Quintessenz unserer Autonomie dar, es gewährleistet allen Bürgern des Landes Schutz. Infolge der grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen der heutigen Zeit ist dessen Überarbeitung jedoch nötiger denn je. Viele der darin geregelten Aspekte sind jetzt nicht mehr zeitgemäß und tragen den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft nicht mehr Rechnung; das Statut muss daher reformiert und angepasst werden.

Ein weiterer Punkt ist der Artikel 25, Absatz 2, des Autonomiestatus, der vorsieht, dass von außen zugezogene Personen bei Gemeinde- und Regionalratswahlen erst nach vierjähriger Ansässigkeit wählen dürfen. Vor 50 Jahren war dies sicherlich nützlich und notwendig, heute ist dies in einer Gesellschaft, die immer mehr vom europäischen Ideal der geographischen und juristischen Grenzfreiheit geprägt ist, nicht mehr zeitgemäß.

Vergessen wir auch die hier ansässigen Ausländer nicht, die, genauso wie wir, arbeiten und ihre Steuern zahlen. Sie machen ein Zehntel unserer Bevölkerung aus und tragen jährlich allein 260 Millionen Euro zur Einkommensteuer IRPEF bei. Welchen Sinn hat es für sie, ihre Zugehörigkeit zu der einen oder der anderen Sprachgruppe zu erklären?

Dies sind konkrete Beispiele, die unterstreichen sollen, dass es Mut, Weitsicht, Geduld und Ausdauer braucht, um das Statut zu überarbeiten und der heutigen Zeit anzupassen – die Gesellschaft fordert diesen Schritt und es ist unsere Pflicht, dementsprechend zu handeln.

Die Zeit ist reif für Vertrauen und Mut: Im Sommer 2020 hat der von der italienischen Regierung eingeschlagene Kurs, in Europa eine Änderung der Spielregeln bewirkt. Nach der ersten Welle ist es dieser dank entschlossenem Handeln gelungen, jenen Stabilitätspakt abzuändern, der das Land zur Stagnation zu verdammen schien. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, weitere zukunftsweisende Reformen auch für unser Landesgebiet einzuleiten. Was Italien gelungen ist, kann auch Südtirol gelingen.

gez. Landtagsabgeordneter
Diego Nicolini

Beim Generalsekretariat des Südtiroler Landtages
am 30.11.2021 eingegangen, Prot. Nr.
6655/ED/TW

Lo Statuto di Autonomia rappresenta l'essenza della nostra autonomia, garantisce a tutti i cittadini della provincia una forma di tutela, ma con i forti cambiamenti sociali che caratterizzano il nostro tempo, è più che mai necessaria una sua revisione. Molti aspetti non sono più attuali e non corrispondono più alle esigenze della società di oggi, bisogna ripensare lo statuto in un'ottica di riforme e adeguamento.

Altro punto è l'articolo 25 comma 2 dello Statuto di autonomia, che sancisce il vincolo dei 4 anni di residenza per poter votare alle elezioni amministrative, 50 anni fa senz'altro utile e necessario, ma oramai anacronistico in una società sempre più caratterizzata da ideali europei senza frontiere ne giuridiche ne fisiche come quella attuale.

Non dimentichiamoci poi degli stranieri che lavorano e pagano le tasse come lo facciamo anche noi. Sono un decimo dei nostri abitanti e contribuiscono solo di IRPEF con 260 milioni EUR, qual è il senso per loro dover dichiararsi in uno o l'altro gruppo.

Questi sono solo esempi concreti per ribadire che serve coraggio, visione, pazienza e resilienza per rispondere al bisogno di adeguamento e aggiornamento del nostro statuto, la società lo richiede ed è nostro dovere rispondere.

È il momento della fiducia e del coraggio: Il percorso che ha portato ad un cambio delle regole del gioco in Europa è stato fatto dal governo italiano nell'estate 2020, dopo la prima ondata, quando con un intervento deciso è riuscito a cambiare quel Patto di Stabilità, che sembrava condannare il destino del paese alla stagnazione. Adesso è il momento giusto anche per intraprendere altre riforme lungimiranti, per il nostro territorio. Se c'è riuscita l'Italia, può farcela anche l'Alto Adige-Südtirol.

f.to consigliere provinciale
Diego Nicolini

Pervenuta alla segreteria generale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano in data 30/11/2021, n. prot. 6655/ci/bb